

# RS OGH 2003/5/27 1Ob119/03m, 1Ob225/03z

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 27.05.2003

## Norm

ABGB §215a

## Rechtssatz

Mit Verlegung des gewöhnlichen Aufenthalts des Kindes in ein anderes Bundesland tritt der Zuständigkeitswechsel zum Jugendwohlfahrtsträger dieses Bundeslandes nicht ex lege ein. Wurde die Obsorge des (ersten) Jugendwohlfahrtsträgers durch gerichtlichen Beschluss begründet, so gebietet es die Rechtssicherheit, dass auch die Übertragung auf einen anderen durch eine nach außen hin in Erscheinung tretende Gerichtsentscheidung erfolgt. Rechtsgrundlage hierfür ist jedoch nicht § 215a ABGB, sondern das allgemeine Aufsichtsrecht des Pflschaftsgerichts gegenüber den mit der Obsorge betrauten Personen und Sachwaltern.

## Entscheidungstexte

- 1 Ob 119/03m  
Entscheidungstext OGH 27.05.2003 1 Ob 119/03m
- 1 Ob 225/03z  
Entscheidungstext OGH 18.11.2003 1 Ob 225/03z  
Auch; Beisatz: Hier: Ermächtigung bloß zur Vornahme bestimmter Maßnahmen gesetzlicher Vertretung. (T1)

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:2003:RS0117761

## Dokumentnummer

JJR\_20030527\_OGH0002\_0010OB00119\_03M0000\_001

**Quelle:** Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)